

## Parlamentarische Bürgerinitiative

betreffend

Wohnen darf nicht arm machen!

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Forderungen betreffen überwiegend Bundesgesetze.

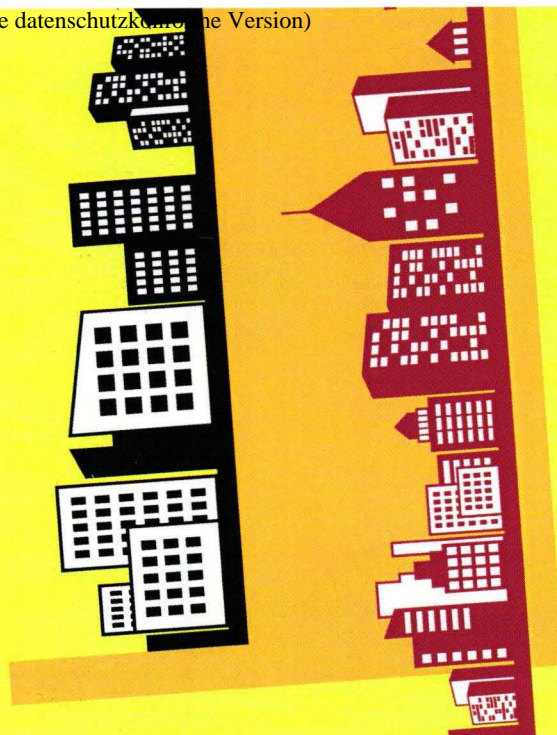
Dieses Anliegen wurde bis zur Einbringung im Nationalrat von **7.947** BürgerInnen mit ihrer Unterschrift unterstützt. (Anm.: zumindest 500 rechtsgültige Unterschriften müssen für die Einbringung im Nationalrat vorliegen.)

**Anliegen:**

Der Nationalrat wird ersucht,

die obengenannte Bürgerinitiative soweit in seinem Zuständigkeitsbereich fällt, umzusetzen.

(Falls der Vordruck nicht ausreicht, bitte auf Beiblatt fortsetzen)

**KPO****Wohnen darf  
nicht arm  
machen!****Wohnen darf nicht arm machen!**Jeder Mensch hat das Recht auf leistbares, sicheres, zeitgerechtes Wohnen.**Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat**

Die Regierung hat uns ein modernes und soziales Mietrecht versprochen. Dieses Versprechen wird nicht eingehalten. Immer mehr Menschen können sich Mieten und Betriebskosten nicht mehr leisten. Vermieter, Makler, Wohnbaugesellschaften und Spekulanten machen große Gewinne aus dem Geschäft mit der steigenden Wohnungsnot.

**Wir fordern:**

- Einheitliche, niedrigere Obergrenzen für Mieten!
- Abschaffung der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter!
- Keine Privatisierungen öffentlichen Wohnraums!
- Ausweitung des kommunalen, öffentlichen Wohnbaus!

Mit Ihrer Unterschrift tragen Sie dazu bei, die Regierung an ihre eigenen Versprechen zu erinnern. Diese Forderungen werden auch von Arbeiterkammer, Gewerkschaft, Mieterschutzorganisationen und Seniorenverbänden erhoben.

**Setzen wir gemeinsam ein Zeichen für leistbares Wohnen!**

Name	Adresse	Geburtsdatum	Datum	Unterschrift

Unterschriften bitte an die KPÖ, Drechslergasse 42, 1140 Wien senden.

Informationen und Kontakt:

Mail: [info@kpoe.at](mailto:info@kpoe.at) | Web: [www.kpoe.at](http://www.kpoe.at) | [fb.com/kpoe.at](https://fb.com/kpoe.at) | Tel.: 01 503 65 80

# Wohnen darf nicht *arm* machen.

Immer mehr Menschen können sich das Wohnen nicht mehr leisten, ohne eine selbst sehr bescheidene Lebensführung zu gefährden. Um diese Entwicklung zu stoppen braucht es:

## Mietobergrenzen

- + Einheitliche, niedrigere Obergrenzen für Mieten
- + Keine Befristung von Mietverträgen
- + Herausnahme der Grundsteuer aus den Betriebskosten
- + Abschaffung der Vergebührung von Mietverträgen
- + Ausweitung des Anwendungsbereiches und Vereinfachung des Mietrechtsgesetzes

## Abschaffung der Maklerprovision für Mieter

Makler werden im Regelfall vom Vermieter beauftragt, müssen aber vom Mieter bezahlt werden. Länder wie Deutschland, Irland, Großbritannien, Norwegen, Holland oder die Schweiz haben diese Ungerechtigkeit erkannt und gehandelt: Den Makler zahlt der, der ihn beauftragt!



Tausende Menschen haben die Petition „Weg mit der Maklerprovision für Mieter“ unterschrieben. Stadträtin Elke Kahr und Klubobmann Manfred Eber aus Graz bei der Übergabe der Unterschriften an Nationalratspräsidentin Doris Bures in Wien.

## Abschaffung der Vergebührungspflicht von Mietverträgen:

Die Wohnungseinstiegskosten stellen für viele Menschen ein kaum zu überwindendes Hindernis dar. Deshalb soll die Vergebührung von Mietverträgen ersatzlos gestrichen werden.

## Keine Privatisierung öffentlichen Wohnraums

- + Kein Verkauf von Gemeinde- und Landeswohnungen
- + Kein Aufweichen der Gemeinnützigkeit durch höhere Gewinnausschüttungen an Investoren

Private Investoren und Spekulanten wollen möglichst hohe Profite erzielen. Die Zeche zahlen die Mieterinnen und Mieter mit kaum noch leistbaren Mieten. Daher ist die öffentliche Hand gefordert, selbst Wohnungen zu errichten, um leistbaren Wohnraum zur Verfügung stellen zu können. Bestehender öffentlicher Wohnraum ist zu erhalten und nicht auf den sogenannten freien Markt zu werfen. Die Verscherbelung der 60.000 BUWOG-Wohnungen unter Ex-Finanzminister Grasser zeigt, dass viele davon profitiert haben, nur nicht die Mieter.

## Ausbau des kommunalen Wohnbaus

- + Öffentlicher Wohnbau sichert dauerhaft leistbares Wohnen, deshalb braucht es mehr Gemeindewohnungen.

0,5 Prozent vom Monatsbruttogehalt zahlt jede(r) unselbständig Erwerbstätige in den Wohnbauförderungstopf. Ursprünglich wurde dieses Geld zur Gänze in den Wohnbau investiert. Derzeit wird es für andere Zwecke, wie beispielsweise das Stopfen von Budgetlöchern, Bankenrettungen oder Spekulationsgeschäfte ausgegeben. Das muss ein Ende haben! Daher fordern wir die Wiedereinführung der Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel mit Schwerpunkt auf dem sozialen Wohnbau.

## Um Wohnen leistbarer zu machen, braucht es weiters:

- + einen Kautionsfonds nach Grazer Vorbild,
- + die Sicherung und Ausweitung der Wohnbeihilfen
- + einen Gebührenstopp für Müll und Kanal
- + Meldepflicht für leerstehende Wohnungen
- + Leerstandsabgabe
- + Sicherung von Grundstücken für den sozialen Wohnbau

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:  
KPO, Drechslergasse 42, A. 1140 Wien  
Verlags- und Herstellungsort: Wien

**Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend**

*Wohnen darf nicht arm machen!*

**Erstunterzeichner/in**

Name	Anschrift und E-Mail Adresse	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Eingetragen in die Wählerevidenz der Gemeinde
<i>Kahr Elke</i>				

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

**Unterstützungserklärungen:**

Name	Anschrift	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Unterschrift

Hinweis: Die vorgelegten Unterschriftenlisten werden nach dem Ende der parlamentarischen Behandlung datenschutzkonform vernichtet bzw. gelöscht, soweit diese nicht nach den Bestimmungen des Bundesarchivgesetzes zu archivieren sind.

